

P R O T O K O L L
der 374. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 22. März 2016
Zeit	19.30 – 21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Raaflaub Ruth
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Brügger Yong, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Fitze Wehrle Barbara, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Humm Martin, Jordi Kevin, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lauper Reto, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Wegmüller Beat, Weibel Raphael
Stimmenzählende	Brunner Joe, Reimers Markus
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Nobel-Zbinden Beatrice, Fürsprecherin (Traktandum 3)
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Markus
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 9

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. Januar 2016	493
2	Regionalkommission; Ersatzwahl	493
3	Initiative Einzonungsmoratorium "grünBLEIBTgrün"; Gegenvorschlag zur Initiative Einzonungsmoratorium "grünBLEIBTgrün"	493
4	Motion Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung	504
5	Postulat Wegmüller (SP): Kosteneinsparungen durch Koordination und gemeinsame Beschaffung	504
6	Einfache Anfrage Schmitter (FDP) zur Bauparzelle Riedacher II im Mettlenquartier	505
7	Einfache Anfrage SVP-Fraktion: Spielstätte der Hornussergesellschaft Gümligen	505
8	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	506
9	Neue parlamentarische Vorstösse	507

Die Vorsitzende eröffnet die 374. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 39 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Speziell begrüsse sie als neue GGR-Mitglieder Rudolf Waber als Nachfolger von Daniel Ritschard in der SP-Fraktion und Raphael Weibel als Nachfolger von Roman Sigrist in der FDP-Fraktion. Sie bitte die beiden, sich in zwei Sätzen kurz vorzustellen.

Rudolf Waber: *Ich bin vor 48 Jahren in Gümligen konfirmiert worden und danach ins Berufsleben eingestiegen. Jetzt stehe ich kurz vor der Pensionierung im April. Ich bin Vater einer Tochter und eines Sohnes und habe zwei Grosskinder. Ich freue mich, dass ich nun hier mithelfen kann, unser Zusammenleben mitzugestalten.*

Raphael Weibel: *Ich bin seit 22 Jahren in der Gemeinde wohnhaft, zuerst 10 Jahre im Dorfteil Muri und seither im Dorfteil Gümligen. Als Beruf habe ich einmal die "Juristerei" gelernt, bin aber seit 18 Jahren verantwortlich für den Golf Emmental, da ich im Emmental geboren und aufgewachsen bin. Ich bin verheiratet und 53 Jahre alt. In der Gemeinde hatte ich verschiedene Funktionen in Kommissionen inne, die letzte und immer noch aktuelle ist als Vizepräsident der Planungs- und Verkehrskommission.*

Die Vorsitzende begrüsst ebenfalls herzlich Frau Beatrice Nobel-Zbinden, welche beim Traktandum 3 zur Verfügung stehe.

Die Vorsitzende teilt weiter mit, Markus Bärtschi habe sich entschuldigen müssen; er befinde sich leider aufgrund der Folgen seiner Knieoperation im Spital. Im Saal zirkuliere eine Karte für ihn mit guten Besserungswünschen und sie bitte die Ratsmitglieder, diese zu unterschreiben. Die Karte werde ihm dann zusammen mit 1-2 Flaschen Wein ins Spital gebracht.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende erklärt, sie habe wieder einige Sachen auf die Tische gestellt, gesponsert von Wander und Migros, mit einem Hintergedanken: Sie habe noch Listen fürs Fechten vom 2. April 2016 und fürs Rennen am 29. April 2016; dies wäre dann schon die Vorbereitung für den Grand Prix. Es wäre schön, wenn sich die Ratsmitglieder einschreiben würden. Mit dem Aktenversand hätten alle auch die Hinweise auf die Mettlenkonzerte erhalten und sie hoffe, dass viele davon Gebrauch machen würden.

Sie habe einen weiteren Hinweis auf einen Sportanlass: Die Europameisterschaften im Kunstturnen würden vom 25. Mai bis am 5. Juni 2016 stattfinden. Sie mache schon jetzt darauf aufmerksam, da man Tickets jetzt noch bestellen könne, es habe solange es habe. Die Wettkämpfe würden auf einem sehr, sehr hohen Niveau stattfinden – auch bei den Vorkämpfen – und sie empfehle wärmstens, sich Tickets für die Postfinance-Arena zu kaufen. Heute Abend würden wir zudem laufend vom Liveticker über die Playoffs im dritten Spiel Davos gegen Bern informiert.

1 Protokoll der Sitzung vom 19. Januar 2016

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Regionalkommission; Ersatzwahl

Die Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. März 2016 zurücktretenden Beat Marti schlage das forum Muri-Gümligen Jürg Stettler, Steinhübeliweg 62, Muri, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Jürg Stettler wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Regionalkommission gewählt.

3 Initiative Einzonungsmoratorium "grünBLEIBTgrün"; Gegenvorschlag zur Initiative Einzonungsmoratorium "grünBLEIBTgrün"

Die Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Beatrice Nobel-Zbinden, Fürsprecherin, zur Verfügung. Am 9. März 2016 seien den Parlamentsmitgliedern verschiedene Rechtsauskünfte zu Fragen formeller Natur zum Gegenvorschlag und zum Abstimmungsprozedere zugestellt worden. Weiter habe am Dienstag, 15. März 2016, eine Fragestunde zu diesem Traktandum stattgefunden. Diese sei von drei Parlamentsmitgliedern besucht worden, es habe also offenbar nicht viele Unklarheiten gegeben.

Die Unterlagen würden schriftlich vorliegen. Sie gebe zuerst den Ablauf der Behandlung des Traktandums bekannt:

- Beratung des Gegenvorschlags und Beschlussfassung über den definitiven Wortlaut des Gegenvorschlags
 - Eintreten
 - Fraktionserklärungen
 - Weitere Wortmeldungen
 - Abstimmung über vorliegende Abänderungsanträge
 - Beschlussfassung zum Gegenvorschlag

Nach dieser Abwicklung liege der bereinigte Gegenvorschlag vor.

- Abstimmung über die Initiative (zuhanden der Volksabstimmung)

Falls sie abgelehnt werde:

- Abstimmung über den Gegenvorschlag (zuhanden der Volksabstimmung)

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Wegmüller führt als GPK-Sprecher aus, die Geschäftsprüfungskommission habe sich sehr ausführlich mit der Initiative "grünBLEIBTgrün" und dem Gegenvorschlag zur Initiative auseinandergesetzt. Vorab wolle er festhalten, dass die GPK keine taktischen Erwägungen vorgenommen habe. Es sei ihre Aufgabe, das richtige Vorgehen zu beurteilen, den Prozess anzuschauen und den Inhalt des Geschäfts zu prüfen.

Zuerst nehme er im Namen der GPK Stellung zur Initiative "grünBLEIBTgrün". Die Initiative sei ja der Ursprung dieses Geschäfts. Es handle sich vermutlich um eines der wichtigsten Geschäfte der laufenden Legislatur. Eigentlich müsse man den Initianten dankbar sein, dass sie die Initiative eingereicht hätten. Damit sei eine breite Diskussion in den politischen Gremien und in der Bevölkerung über die Zukunft von Muri-Gümligen entstanden. Die Initianten hätten bemängelt, dass die Gemeinde über keine langfristige Planungsstrategie verfüge. Sie hätten mit der Initiative gefordert, dass eine vorausschauende und nachhaltige Siedlungsstruktur erarbeitet werde. Mit den durchgeführten Werkstattgesprächen und der umfangreichen Mitwirkung zum Leitbild sei es der Bevölkerung und allen Interessierten möglich gewesen, an der Zukunftsgestaltung von Muri-Gümligen aktiv teilzunehmen. Mit dem Räumlichen Leitbild sei ein umfangreiches Dokument entstanden, das den jetzigen Zustand in der Gemeinde Muri festhalte und die zukünftige Entwicklung aufzeige. Es liege in der Natur der Sache, dass man bei der Zukunftsstrategie unterschiedlicher Meinung sein könne. Tatsache sei aber, dass mit dem Räumlichen Leitbild eine Strategie vorliege, wie dies die Initianten gefordert hätten. Die GPK sei aus diesem Grund der Meinung, dass die Forderung der Initiative weitgehend erfüllt sei und empfehle dem Rat einstimmig, die Initiative "grünBLEIBTgrün" abzulehnen.

Er komme nun zum Gegenvorschlag zur Initiative "grünBLEIBTgrün". Der Gegenvorschlag nehme einzelne Elemente der Initiative "grünBLEIBTgrün" und des Räumlichen Leitbildes auf. So sei das Planungsmoratorium im Gegenvorschlag ebenfalls enthalten; es sei aber um 5 Jahre kürzer als bei der Initiative. Aus dem Räumlichen Leitbild werde das Gebiet Schürmatt übernommen und weiter sollten für Standortverlagerungen des ortsansässigen Gewerbes und für öffentliche Aufgaben Umzonungen möglich sein. Es sei klar, dass mit dem Gegenvorschlag kein m² Land eingezont werde. Der Gegenvorschlag sei eine Absichtserklärung. Wenn er angenommen werde, sei jederzeit die Mitwirkung der Bevölkerung notwendig und zu jeder Einzonung müssten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einer Volksabstimmung Stellung nehmen. Eine Unsicherheit bestehe noch darin, wie sich der Gegenvorschlag zur Kantonalen Kulturlandinitiative auf die möglichen Einzonungen auswirken

würde. Dazu könne sicher der Gemeindepräsident noch Auskunft geben. Die GPK sei der Auffassung, dass der Gegenvorschlag korrekt erarbeitet worden sei und eine sinnvolle und vernünftige Antwort zur Initiative bilde. Sie empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den Gegenvorschlag zur Initiative, so wie er vorliege, anzunehmen. Zum Schluss wolle er noch das Prozedere in der Volksabstimmung erwähnen. Wenn die Initiative und der Gegenvorschlag dem Souverän vorgelegt würden, könnten die Stimmberechtigten sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag annehmen oder ablehnen. Werde beides angenommen, so gelte die Vorlage mit mehr Ja-Stimmen als angenommen. Er schliesse und könne die GPK-Meinung wie bei den "Grössten Schweizer Talenten" wiedergeben: 5x Nein zur Initiative und 5x Ja zum Gegenvorschlag.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, 1994 habe sich Muri-Gümligen eine moderne Ortsplanung gegeben. Doch die erforderliche Aktualisierung – denn der Stein der Zeit nage und nage – und die erforderlichen Anpassungen an die heutigen Gegebenheiten und vor allem an die kommenden Herausforderungen seien aus bekannten Gründen ausgeblieben. Mittlerweile, 20 Jahre oder fast eine Generation später, habe der Gemeinderat in seiner heutigen Zusammensetzung die Thematik Ortsplanung wieder aufgegriffen und eine strategische Neuausrichtung der Planung in die Wege geleitet. So habe er – auch dank der Kreditsprechung durch den GGR im Jahr 2014 – die Metron Raumentwicklung AG in Brugg mit der Erarbeitung des Räumlichen Leitbilds beauftragen können. Die Strategie dazu sei klar gewesen und sei immer noch klar: Wir wollten eine vorausschauende nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsstruktur erarbeiten. Eine Forderung, die die Initianten des Einzonungsmoratoriums klar formuliert und die wir uns im Rahmen des aufwändigen Leitbildprozesses selber vorgegeben hätten und der wir uns auch weiterhin verpflichtet fühlen würden. Dank der zusammen mit der interessierten Bevölkerung erarbeiteten Grundlagen – eben dem Leitbild – würden wir heute über eine klare Vision verfügen, wie sich die Gemeinde im Kontext von Stadt und Land entwickeln solle und wo wir unsere Prioritäten für die Bewältigung der Anforderungen an unsere nächsten Generationen setzen wollten. Den Initianten könne man dafür danken, dass sie mit ihrer Eingabe diesen Prozess noch intensiviert hätten und sich die interessierte Öffentlichkeit mit grossem Engagement habe einbringen können. Dass wir uns nun aber bis 2029 einzig innerhalb der heutigen eingezonten Flächen bewegen sollten – wenn die von den Initianten geforderte und unter grösstmöglicher Partizipation erarbeitete Planung uns etwas anderes empfehle – widerspreche einer verantwortungsvollen Entwicklung der Gemeinde. Künftige Herausforderungen würden nicht erst in 15 Jahren anstehen, sie seien real vorhanden und würden einer rechtzeitigen Lösungszuführung bedürfen. Alles andere bedeute Blockade und das könnten wir uns nicht leisten. Muri-Gümligen brauche eine massvolle Entwicklung, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Stichworte dazu seien etwa

- moderates Wachstum im Kontext mit der regionalen Entwicklung (wobei man den Fokus lieber auf die Einwohner und weniger auf die Arbeitsplätze richten wolle)
- gezielte Wohnungsentwicklung, insbesondere für Familien, um dem demografischen Wandel begegnen zu können
- Chancen für eine Veränderung schaffen und Veränderungen als Chance nutzen zur Aufwertung des Ortsbildes, vorwiegend in den Zentren.

Muri-Gümligen brauche also eine aktive Planung und eine Entwicklung, die man mit der Bevölkerung weiter vorantreiben wolle. Dies könnten wir nur, wenn uns kein Einzonungsmoratorium blockiere. Aus diesen Gründen beantrage der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, die Initiative dem Stimmvolk mit Überzeugung zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit gleicher Überzeugung beantrage der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, den Gegenvorschlag dem Stimmvolk zur Annahme zu empfehlen; dies unter dem Motto: *"Muri bei Bern in die Zukunft mit sparsamem, nachhaltigem Umgang mit der Ressource Boden und moderaten Entwicklungsmöglichkeiten."* Die Mitwirkungseingaben zum Räumlichen Leitbild hätten einerseits eine gewisse Wachstumskepsis und andererseits einen starken Bezug zur gewachsenen Siedlungsstruktur der Gemeinde aufgezeigt. Dieser Haltung würden wiederum andere Forderungen nach einer möglichst uneingeschränkten Planungsfreiheit gegenüberstehen. Wir alle würden uns zu einem sparsamen und nachhaltigen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden bekennen. Auch das Räumliche Leitbild sei von diesem Grundsatz geprägt. Der Gemeinderat stehe dazu und werde immer wieder dazu stehen, dass er sich in seinen planerischen Tätigkeiten durch dieses Leitbild führen lasse und dieses ja in einem breit gefächerten demokratischen Prozess seine Legitimation erhalten habe. So sei es für den Gemeinderat selbstredend, dass die Stimmberechtigten den Behörden eben diesen sparsamen und nachhaltigen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden mittels Gegenvorschlag vorgeben könnten, ohne die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten 15 Jahren zu stark einzuschränken.

Wie bekannt sei, basiere der Gegenvorschlag auf den Erkenntnissen des Räumlichen Leitbildes und sei von einem Grossteil der Teilnehmenden an den Werkstattgesprächen und in der Mitwirkung als in der zeitlichen Prioritätenabfolge richtig und wichtig unterstützt worden. Die drei Kernelemente des Gegenvorschlags seien:

- Er beschränke das Einzonungsmoratorium auf 10 Jahre und ermögliche weitere Ausnahmen.
- Eine Entwicklung der Gemeinde im Gebiet Schürmatt, mit familienfreundlichem Wohnquartier und Landschaftspark.
- Möglichkeit zu Einzonungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben sowie für Erweiterungen oder Standortverlegungen ortsansässiger Gewerbebetriebe.

Damit hätten wir gleichzeitig eine priorisierte Umsetzungsplanung des Räumlichen Leitbildes für die nächsten 10 Jahre in der Hand. Viel mehr könnten wir in diesem Zeitraum weder erhoffen noch bewältigen. Wir könnten nur hoffen, dass sich dieser Kurs in der Umsetzung auch so bestätige. Denn der Gegenvorschlag bedeute natürlich eine Einschränkung der Handlungsfreiheit; dessen müssten wir uns stets bewusst sein. Aber in der Bevölkerung sei gerade jenes Bedürfnis nach einem klaren und verbindlichen Kurs zu spüren. Der Gemeinderat sei bereit, diesen Vertrauensvorschuss zu leisten, wenn damit die völlige Blockade in Form der Initiative abgewendet werden könne. Wie schon Beat Wegmüller ausgeführt habe, betone er abschliessend ebenfalls, dass bei Annahme des Gegenvorschlags noch keine einzige Einzonung genehmigt sei. Die Annahme des Gegenvorschlags unterstütze die Planungsbehörden im Sinn einer Absichtserklärung, in welche Richtung wir uns entwickeln wollten. So könnten wir zusammen mit der Bevölkerung die nächsten Planungsschritte entwickeln und in die Mitwirkung bringen, so dass letztlich die Stimmberechtigten an der Urne über einzelne Einzonungen entscheiden könnten. In diesem Sinn danke er dem Rat für die Unterstützung: Ablehnung der Initiative und Annahme des Gegenvorschlags.

Eintreten wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Daniel Arn erklärt, die FDP/jf-Fraktion lehne die Initiative ab und stelle sich hinter den Gegenvorschlag. Die Initiative wolle, dass wir uns 15 Jahre lang dem Nichtplanen hingeben würden. 15 Jahre lang nichts machen, anstelle von Verantwortung zu tragen. In diesem Fall sei das "Nichtsmachen" verantwortungslos. Nichts zu machen bedeute, das Heft aus der Hand zu geben und nichts zu machen heisse auch, die

heissen Kartoffeln verschwinden zu lassen und dann in einem verfaulten Zustand der nächsten Generation zum Essen zu übergeben. Ob wir dies wirklich wollten? Dies könne er sich nicht vorstellen. Wir hätten die Pflicht, uns heute und morgen mit der Zukunft unserer Gemeinde zu befassen. Seit der letzten Ortsplanungsrevision 1994 seien 22 Jahre vergangen. 1994 seien die Handys aufgekommen, 1994 sei das Ende der Apartheid gewesen und Nelson Mandela sei gewählt worden und 1994 sei Otto Stich Bundespräsident gewesen. Es sei also lange her. Aber zurück in die Gegenwart: 2013 habe die Gemeinde mit der Entwicklung des Räumlichen Leitbildes begonnen, breit abgestützt und unter Einbezug der ganzen Bevölkerung (Klammerbemerkung: Nur die Mitglieder des Initiativkomitees seien zum Teil hartnäckig den Anlässen ferngeblieben). Sämtliche Optionen seien in den Werkstattgesprächen erörtert worden, es seien Schwerpunkte gebildet und schlussendlich im Basispapier "Räumliches Leitbild Muri-Gümligen 2015" festgehalten worden. Es hätten genau die Grundsatzdiskussionen stattgefunden, welche die Initianten gefordert hätten. Schlussendlich könne man sich sogar fragen, weshalb die Initiative nicht zurückgezogen worden sei. Sei sie nicht, dies sei ebenfalls OK. Im Sommer 2014 habe das forum im GGR eine Motion eingereicht und im August 2015 habe der GGR den GR beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Heute würden wir dastehen mit der Initiative und dem Gegenvorschlag. (Noch einmal eine Klammerbemerkung: Das Prinzip des Gegenvorschlags sei, dass dieser die gleichen Punkte wie die Initiative aufnehmen müsse und nichts Abweichendes behandeln, sondern nur andere Antworten vorschlagen dürfe).

- Punkt 1 des Gegenvorschlags:
Die FDP/jf-Fraktion sei für eine Reduktion des Moratoriums vom September 2029 auf September 2024. Dieser Zeitraum entspreche auch dem Zeitraum von Planungsaufgaben für eine Gemeinde wie die unsrige und damit müssten wir nicht die Bleistifte noch für einige Jahre auf die Seite legen.
- Punkt 2a, Schürmatt:
Die Entwicklung des Räumlichen Leitbilds habe gezeigt, dass sich die Bevölkerung mehrheitlich dafür ausgesprochen habe, dass die Schürmatt nicht dem Einzonungsmoratorium zu unterstellen sei. Die Bevölkerung wolle sich mit der Schürmatt auseinandersetzen.
- Punkt 2b und 2c müsse man gar nicht kommentieren.

Es müsse hier nochmals klar festgehalten werden, dass morgen auf der Schürmatt noch keine Bagger auffahren würden, wie hie und da gerne suggeriert werde. Jede noch so kleine Veränderung müsse dem Parlament und dem Volk vorgelegt werden. Aber als fortschrittliche Gemeinde müssten wir uns den Veränderungen um uns herum stellen und sehr gut aufpassen, dass wir das Zepter nicht aus der Hand geben würden. Wir möchten auch zukünftig unseren Einwohnerinnen und Einwohnern eine attraktive Basis für Wohnen, Freizeit und Arbeiten liefern. Die FDP teile auch die Erkenntnis, dass Muri-Gümligen ein moderates Wachstum im Kontext der regionalen Entwicklung anstreben und dem vorliegenden demografischen Wandel durch gezielte Wohnungsangebote – insbesondere auch für Familien – begegnen sollte. Ein moderates Bevölkerungswachstum sollte der Stagnation und der schleichenden Überalterung bei uns entgegenwirken. Zum Schluss der Erklärung der FDP/jf-Fraktion noch einmal die Abstimmungsempfehlung: Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag. Und ganz zum Schluss – in Anlehnung an die Kollegen von der SP – ein Zitat von Lenin: *"Das Vorurteil ist von der Wahrheit weiter entfernt als die Unkenntnis."*

Gabriele Siegenthaler Muinde erklärt vorab, das forum mache eine Fraktionserklärung in zwei Teilen. Sie werde starten und Stefan Kempf werde sich anschliessend mit den konkreten Anträgen zum Gegenvorschlag äussern. Die zweite Vorbemerkung betreffe die Motion des forums aus dem Jahr 2014 für einen Gegenvorschlag. Sie wolle vorausschicken, dass Letzterer nichts mit demjenigen zu tun habe, den der Rat jetzt diskutiere. Der mit der damaligen Motion verlangte Gegenvorschlag wäre quasi

ein Auftakt für eine Ortsplanungsdiskussion gewesen und heute liege ein Gegenvorschlag vor, der quasi das Ende eines Ortsplanungsprozesses bilde. Die zwei Sachen hätten also miteinander nicht wirklich viel zu tun.

Zur Initiative: Diese habe Vor- und Nachteile. Das forum sehe einerseits gewisse Vorteile im Bereich Verdichtung, welche erzielt werden könnten, wenn man vorderhand nichts einzone. Weiter sehe das forum gewisse Vorteile der Initiative, indem wir uns vielleicht besser wehren könnten gegen die regionalen Wachstumsvorstellungen, die zum Teil diejenigen der Gemeinde übertreffen würden. Man sehe aber auch klare Nachteile der Initiative, allem voran die Tatsache, dass eine Umnutzung von zentralen Lagen – wie z.B. das Lischenmoos, welches im Moment durch Gewerbenutzung besetzt sei – quasi unmöglich werde, da die Initiative keine Einzonung von Entlastungsflächen am Rand der Gemeinde vorsehe. Sprich: Die Umnutzung in Wohnnutzung an wirklich gut erschlossenen Lagen werde schwierig bei einer Annahme der Initiative. Ebenfalls sei es natürlich so, dass die Initiative in erste Linie einen Abwehrmechanismus darstelle und keine konstruktiven Visionen enthalte, wie sich die Gemeinde in ihrer räumlichen Gestaltung weiterentwickeln solle. Wenn man nun die beiden Sachen gegeneinander abwäge, so sei für das forum klar, dass es darauf ankomme, wie der Gegenvorschlag genau aussehe.

Um dazu etwas zu sagen lade sie die Ratsmitglieder auf, "hinaufzuzoomen" und die Welt von weit oben zu betrachten. Wenn man raumplanerische Themen diskutiere, so spreche man von etwas, was langfristig wirken werde. Gebäude würden für 100 und mehr Jahre stehen und der energetische Fussabdruck werde in der Gemeinde für einen langen Zeitraum vorhanden sein. Die grösste Herausforderung, die wir als Menschheit heute hätten, sei ganz klar der Klimawandel. Es sei mittlerweile wohl unbestritten, dass dieses Phänomen existiere. Die meisten Leute würden sich aber nicht sehr intensiv damit beschäftigen, welche konkreten Auswirkungen dieser Klimawandel haben werde. Wenn man sich die Mühe mache, genau hinzuschauen, so könne man z.B. in einem Weltbankbericht lesen, dass der Mittelmeerraum – Anrainerstaaten Nord / Süd, Naher Osten rund ums Mittelmeer – mittelfristig einen Rückgang des Wassers von 30-50 % haben werde, was in Regionen, die ohnehin wenig Wasser hätten, einer extremen Verknappung gleichkomme. Sie lasse die Ratsmitglieder sich selber ausmalen, was dies für die Landwirtschaft in Süditalien, in Spanien oder in Nordafrika heisse. Wenn man dies verknüpfe mit den Lebensgrundlagen für die dort lebende Bevölkerung, sei es interessant zur Kenntnis zu nehmen, dass der gleiche Bericht auch davon rede, dass 10-15 % der Landflucht in diesem Raum bisher schon mit dem Klimawandel zu tun habe. Diese Geschichte werde weitergehen und die Leute würden nicht nur innerhalb ihrer Länder migrieren, sondern auch über die Grenzen hinaus. Es sei vielleicht ein interessantes Detail, welches in der Presse diskutiert werde, nämlich dass der syrische Bürgerkrieg durchaus auch einen Zusammenhang habe mit dem Klimawandel und den Dürren, die in Nordsyrien in den letzten 10 Jahren stattgefunden hätten. Dies könne man z.B. nachlesen im "National Geographic". Die Frage sei, ob uns dieses Thema etwas angehe. Wir würden in unserer Gemeinde nicht in einem abstrakten Raum stehen. Als Lokalpolitiker seien wir relativ direkt angesprochen, uns Gedanken zu machen zu Themen und Problemen, welche die Grenzen einer Gemeinde klar sprengen würden. In der Politik müsse es unter anderem auch darum gehen, Sachen zu konkretisieren und für die Zukunft zu erheben. Wir als Politiker müssten in die Zukunft schauen und uns gerade bei der Ortsplanung fragen, was für Bausteine wir hier setzen würden, welche dann in der Zukunft wirken würden und wie dies ins generelle Umfeld passe. Unsere Gemeinde habe sich – soweit sie informiert sei – im Rahmen des Beitritts zum BEakom-Abkommen grundsätzlich zur 2000 Watt-Gesellschaft verpflichtet. Die 2000 Watt-Gesellschaft habe die ETH anfangs der 90er Jahre berechnet und sie sei mittlerweile eine relativ feste Grösse in der Schweizer Energiediskussion. Die 2000 Watt-Gesellschaft habe auch viel zu tun mit der Effizienz von Gebäuden und der

Mobilität, die rund um die Gebäude herum entstehe. Die Frage für Muri-Gümligen sei nun, ob wir dies einfach zur Kenntnis nehmen und sagen würden: "... ja ja, irgendwann machen wir dann das", oder wie wir uns als Gemeinde sehen würden. Wir seien eine reiche Gemeinde; sie sage bewusst eine reiche und nicht eine finanzstarke Gemeinde. Wir hätten nicht nur "Fränkli", sondern auch "Köpfli"; viele davon seien heute Abend in diesem Saal. Die Frage sei, ob die Gemeinde irgendwo im besseren Mittelfeld mit allen anderen mitschwimmen oder innovativere, nachhaltigere Siedlungen planen wolle, denn irgendwann würden wir damit auch anfangen. Oder ob wir es uns schuldig seien, mit den vorhandenen Ressourcen voranzugehen, vorzudenken und neue Lösungen auszuprobieren und das Wissen, welches damit generiert werde, auch anderen Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Die Diskussion sei nicht nur akademisch, sondern sie habe etwas mit unserer Politik zu tun und damit, wie wir uns als Standort verkaufen und vermarkten würden.

Das forum wünsche sich, dass der Rat heute Abend den Mut für vorausschauende politische Entscheide habe, dass wir in die Zukunft schauen würden und den Mut hätten, nicht nur eine Politik mit Mitläufercharakter zu machen, sondern dass wir heute Abend soziale Unternehmer seien und einen sozialen Mehrwert für die Zukunft schaffen würden. Damit übergebe sie das Wort Stefan Kempf für die konkreten Anträge zum Gegenvorschlag.

Stefan Kempf führt aus, die forum-Fraktion erachte die Akzeptanz einer Überbauung der Schürmatt in der Bevölkerung immer noch nicht als gegeben. Wenn man die Schürmatt mit dem Gegenvorschlag ins Rennen schicken wolle, sollte man dies mit einem hohen qualitativen Anspruch bezüglich Energie, Verkehr und Gesellschaft tun. Die Gemeinde habe sich mit dem Beitritt zum Berner Energieabkommen zu einer nachhaltigen und fortschrittlichen Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik bekannt. Jetzt könnte sie ein Ausrufezeichen setzen.

Das forum stelle folgenden Hauptantrag: Ergänzung von Abs. 2 a) mit dem Zusatz "... gemäss den Prinzipien der 2000 Watt-Gesellschaft". Der Text laute also wie folgt: "a) die für einen neuen Landschaftspark im Gebiet Schürmatt-West in Kombination mit einem neuen familienfreundlichen Wohnquartier gemäss den Prinzipien der 2000 Watt-Gesellschaft im Gebiet Schürmatt-Ost benötigt werden;"

Begründung: Der Klimawandel sei die grösste Bedrohung für unsere Gesellschaft. Gerade auch die Gemeindepolitik sei gefordert, insbesondere wenn es um die Entstehung neuer Quartiere gehe. Wenn also ein neues Gebiet wie die Schürmatt eingezont werden solle, so sei das forum bereit, dieses Vorhaben im Sinn einer positiven Vision für die weitere Entwicklung der Gemeinde zu unterstützen, aber unter der Voraussetzung, dass auch wirklich zukunftsorientierte und nachhaltige Wohnformen vorgesehen und verwirklicht würden.

Er komme zum Eventualantrag: Sollte der Hauptantrag im Rat keine Mehrheit finden, stelle das forum folgenden Eventualantrag: *Streichung/Verzicht auf Abs. 2 a)*. Dies heisse, die Schürmatt werde nicht als Ausnahme geführt und unterliege also dem Moratorium.

Begründung: Bei der Ausgestaltung des Gegenvorschlags gehe es um ein Abwägen. Wenn wir ein nur 10-jähriges Moratorium durchbringen und uns die Möglichkeit offen halten wollten, Gewerbebetriebe an zentralen Lagen zu Gunsten von neuen Wohnnutzungen an die Peripherie zu verlegen – etwas, was nota bene auch von den Initianten begrüsst werde –, dann müssten wir einen möglichst konsensfähigen Gegenvorschlag präsentieren. Mit der Streichung von Abs. 2 a) könnte dies erreicht werden. Die Schürmatt sei und bleibe ein Politikum und polarisiere.

Fazit: Sowohl mit dem Haupt- wie auch mit dem Eventualantrag möchte das forum Sympathisanten der Initiative für den Gegenvorschlag gewinnen. Dies werde aber nur gelingen, wenn für die Überbauung Schürmatt hohe qualitative Ziele gesetzt würden (wie dies der Hauptantrag vorschläge) oder wenn die Schürmatt für die nächsten 10 Jahre unverändert bleibe (gemäss Eventualantrag). Sollte der Rat weder dem Haupt- noch dem Eventualantrag zustimmen, so behalte sich die forum-Fraktion vor, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Christian Spycher führt namens der SVP-Fraktion aus, die Initiative "grünBLEIBT-grün" habe ihre Wirkung schon erzielt. Der Gemeinderat habe im Räumlichen Leitbild Landschaftskammern für den Erhalt von grünen Flächen bzw. Kulturland festgelegt. Die Initiative befürworte eine moderate Einzonung im Raum der Autobahn A6, auch dies werde priorisiert. Die SVP habe im Vorfeld der Erarbeitung des Gegenvorschlags starke Worte gewählt. Diese seien für die SVP nach wie vor gültig und deren Meinung. Es gehe darum, das Einzonungsmoratorium zu verhindern und – auch mit Blick auf die Mitwirkung – die Gemeinde so auszurichten, dass ein moderates Wachstum mit raumplanerisch sinnvoller Gestaltung im östlichen Gebiet Schürmatt, im Gebiet Gümligenmoos und im Gebiet der nördlichen Thunstrasse ermöglicht werden könne. Das Stimmvolk habe bei allen planerischen Tätigkeiten das letzte Wort. Deshalb erachte die SVP einen künstlichen Stillstand als unnötig, ja sogar als falsch. Eine planerische Pause von 15 Jahren würde effektiv ca. 20 Jahre bedeuten. Die SVP könne einen solchen Stillstand nicht unterstützen und die jetzige Generation solle sich dazu äussern, wohin sich Muri-Gümligen entwickeln wolle bzw. solle. Deshalb werde die SVP folgende Beschlussfassung empfehlen: Ja zur Ablehnung der Initiative, Nein zur Annahme des Gegenvorschlags. Die SVP werde die Anträge des forums nicht unterstützen.

Beat Schneider erklärt namens der SP-Fraktion, der Rat sei heute Abend aufgefordert, politisch zu drei Fragen Stellung zu nehmen:

- Wie stehen wir zur Initiative "grünBLEIBTgrün"
- Wie stehen wir zum Gegenvorschlag des Gemeinderats
- Wie stehen wir zum Räumlichen Leitbild, das in Werkstattgesprächen mit Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden ist.

Für die SP sei es ganz einfach; die Antwort laute: Deutlich gegen die Initiative, mehrheitlich für den Gegenvorschlag und klar für das Räumliche Leitbild. Die Initiative verlange ein Einzonungsmoratorium von 15 Jahren. Damit werde einerseits eine Stimmung aus der Bevölkerung aufgenommen, die sich dadurch geäußert habe, dass die zwei letzten Ortsplanungsvorlagen vom Volk abgelehnt worden seien. Es gebe in der Bevölkerung eine Angst vor einer Überbauung. Ein wenig sei diese Angst auch berechtigt. Beim Betrachten der letzten Jahre stelle man fest, dass die überbaute Fläche stetig zunehme, ohne dass zusätzlicher Wohnraum für Familien entstanden wäre. Die Einwohnerzahl sei in etwa gleich geblieben, aber jede/jeder beanspruche immer mehr Wohnraum. Unsere Gemeinde habe auch ein Demografieproblem; es sei eine Zunahme bei der älteren Bevölkerung festzustellen. Familien mit Kindern würden fehlen, es fehle auch Wohnraum für die Arbeitnehmer der ortsansässigen Arbeitgeber. Andererseits verlange die Initiative einen Stopp für Einzonungen während der nächsten 15 Jahre. In 15 Jahren werde er persönlich über 70 Jahre alt sein, sofern er überhaupt noch unter den Lebenden weile. Die Initiative schreibe uns vor, dass wir 15 Jahre lang nicht mehr an der Lösung der aktuellen Probleme Überalterung / Wohnraum für Familien arbeiten dürften. Gewissermassen sollten wir den Kopf in den Sand stecken und darauf warten, dass sich das Problem von selber löse. Die Initiative suggeriere auch, dass Muri-Gümligen ein ländlicher Ort sei und auch ein solcher bleiben sollte. Aus Sicht der SP gehöre aber Muri-Gümligen zur Agglomeration Bern; wir seien nicht wirklich ein Bauerndorf. Etliche Bewohner würden sich am "Kuhgebimmel", an der "güllegeschwängerten" Luft oder am

Glockengeläut der Kirche stören. Andere würden sich zum Glück am Pendlerverkehr stören, der sich täglich durch die Gemeinde schlängle. Der Initiative liege die Mentalität zugrunde: "Raumplanung ist schon recht, aber nicht in meinem Garten". Sie sei auch von daher sehr unsolidarisch. Bei uns solle alles bleiben wie es sei; die Zersiedelung solle weitergehen, aber natürlich ausserhalb unserer Gemeinde.

Aus diesem Grund gehöre die Initiative verhindert. Wir möchten kein Denkverbot, wir möchten unsere Verantwortung wahrnehmen, wir möchten aktiv an einer besseren Welt arbeiten, wir möchten unseren Beitrag leisten, auch in der Region. Die SP glaube an das Räumliche Leitbild, dieses gebe uns eine Perspektive, wohin sich unsere Gemeinde in Zukunft entwickeln könne. Das Leitbild sei visionär. Es würde deshalb eigentlich gar keinen Gegenvorschlag brauchen. Die SP könne aber die Angst vor einem unkontrollierten Wachstum durchaus nachvollziehen. Bis jetzt sei es offenbar noch zu wenig gelungen, aufzuzeigen, dass nicht alles, was im Leitbild enthalten sei, umgesetzt werde. Es brauche Überzeugungsarbeit, die noch geleistet werden müsse. Es sei heute auch schon einige Male erwähnt worden, dass bei einer anstehenden Umzonung noch einmal eine Volksabstimmung erforderlich sei. Dies sei wichtig zu wissen. Das 10-jährige Moratorium manifestiere, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen möchten. Die zusätzlichen Ausnahmen würden uns aber erlauben, in den nächsten Jahren trotzdem aktiv nach Lösungen für die heutigen Probleme zu suchen. Wir würden Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde, des Parlaments und von jedem Parlamentarier benötigen, der versuche, dies der Bevölkerung klar zu machen. Man dürfe nun nicht aus Angst auf alle griffigen Leitbildthemen verzichten, da letztlich das Volk bei jedem Thema zu entscheiden habe. Zusammenfassend könne er sagen, dass die SP hinter dem Räumlichen Leitbild stehe, da dieses Lösungsmöglichkeiten für aktuelle Probleme aufzeige. Die SP wolle kein Denkverbot für die nächsten 15 Jahre und wolle aktiv an Lösungen für die anstehenden Probleme arbeiten. Deshalb lehne sie die Initiative ab. Die SP unterstütze den Gegenvorschlag, damit der Bevölkerung aufgezeigt werden könne, dass bei künftigen Lösungen nachhaltig mit Ressourcen umgegangen werde, dass wir aber ohne Zeitverlust heute an der Zukunft arbeiten könnten. Wann immer dann ein Projekt reif sein werde, werde es wieder eine Volksabstimmung geben.

Er wolle noch einen Nachtrag anbringen: Falls der Gegenvorschlag nun in der Debatte substantiell abgeändert werde – wenn also z.B. die Schürmatt gestrichen werde –, könne man sich fragen, wo der Unterschied zur Initiative liege. In diesem Fall würde die SP ihre Zustimmung noch einmal überdenken.

Weitere Wortmeldungen

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er wolle sich noch kurz persönlich zum Hauptantrag des forums äussern. Das forum habe ausgeführt, man müsste die Flughöhe anschauen. Wenn der Antrag wegen der 2000 Watt-Gesellschaft komme, sei dies aus seiner Sicht die falsche Flughöhe in diesem Gegenvorschlag. Es würde noch ganz andere Punkte geben, die man in den Gegenvorschlag aufnehmen könnte. Nämlich dass beispielsweise ein Wettbewerb über die Schürmatt durchgeführt werde oder dass die Parkplätze reduziert würden. Es würde also noch ganz viele andere Bestimmungen geben, die jetzt nicht erwähnt worden seien. Aus diesem Grund sei er der Meinung, dass es hier um den Grundsatz gehe: "Will man in der Schürmatt etwas machen, ja oder nein". Werde der Gegenvorschlag angenommen, gebe es eine Mitwirkung und dann würden sich ganz viele Detailfragen ergeben, die heute Abend nicht gelöst werden könnten. Der Antrag des forums sei eine falsche Flughöhe; es gebe noch unzählige Details, die später definiert werden müssten. Er persönlich lehne aus diesem Grund den Antrag des forums ab.

Andrea Corti (FDP) führt aus, was die Initiative wolle – und falls sie angenommen würde – bedeute Eiszeit mit negativen Folgen für unsere Gemeinde. Wenn die Initiative angenommen werde, so bedeute dies Stillstand; Stillstand bedeute Rückschritt; Rückschritt bedeute Schaden; Schaden für die Gemeinde und Schaden für die Gemeindebewohner. Er wolle ein paar Beispiele nennen: Überalterung der Gemeinde, kein bezahlbarer Wohnraum mehr, steigende Steuern, Mehrverkehr. Der Gegenvorschlag nehme Anliegen der Initiative auf, habe aber im Gegensatz dazu nicht die negativen Folgen der Initiative. Im Gegenvorschlag würden erhaltenswerte Naherholungsflächen wie Aare, Elfenau, Dentenberg etc. erhalten bleiben. Der Gegenvorschlag ermögliche eine moderate Entwicklungsplanung. Der Gegenvorschlag ermögliche auch, dass z.B. in der Schürmatt ein Begegnungspark entstehe; etwas, was jetzt nicht möglich sei, jetzt habe man ein Feld, welches man einfach anschauen könne. Falls die Schürmatt so geplant werde und es schlussendlich zu einer Umzonung kommen sollte – der das Stimmvolk dann noch zustimmen müsste –, hätten die Bewohner der Gemeinde die Möglichkeit, sich zu begegnen. Zusammengefasst: Gegen eine Eiszeit, gegen die Initiative, für eine moderate Planungs- und Entwicklungsmöglichkeit und damit für den Gegenvorschlag. Was den Antrag des forums betr. Gegenvorschlag – Ergänzung von Abs. 2 a), Prinzipien der 2000 Watt-Gesellschaft – angehe, so sei er wie Beat Wegmüller der Meinung, dass es nicht nötig sei, diesen Text jetzt in den Gegenvorschlag aufzunehmen. Dies könnte allenfalls zusammen mit anderen Bereichen ein Thema sein, wenn es zu einer Umzonung kommen sollte. Die Schürmatt ganz wegzulassen sei für ihn auch nicht einleuchtend.

Lisa Müller Frei (fraktionslos) erklärt, sie habe heute Abend Mühe, der Argumentationslogik in diesem Raum zu folgen. Von allen Rednerinnen und Rednern sei zu hören, man sei gegen ein Denkverbot und sie seien für den Gegenvorschlag. Ihr persönlich leuchte es nicht ein, weshalb es einen Gegenvorschlag brauchen sollte. Die Sachen, die der Gegenvorschlag vom Moratorium ausnehmen wolle, seien Sachen, für die es sowieso eine Abstimmung brauche, wenn sie dann konkret genug seien. Was man also mit dem Gegenvorschlag bewegen wolle, was der ursprüngliche Motor sei, dass es überhaupt einen solchen Gegenvorschlag geben sollte? Auf diese Fragen habe sie keine Antworten bekommen. Einzig diejenige von Andrea Corti könnte sie akzeptieren, der sage, wir würden einen Schritt auf die Initianten zugehen. Gleichzeitig würden wir aber den Initianten eine Ohrfeige geben, indem wir im Gegenvorschlag die Schürmatt vom Moratorium ausnehmen würden. Was wir also bewegen wollten? Sie persönlich als fraktionsloses Mitglied lehne nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag ab.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Thomas Hanke verlangt.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, sie sei davon ausgegangen, dass eine Stellungnahme zu den Anträgen des forums erfolgen werde.

Die Vorsitzende erkundigt sich, von wem sie eine Stellungnahme erwarte.

Gabriele Siegenthaler Muinde entgegnet, zum Beispiel vom Gemeinderat.

Die Vorsitzende erklärt, der Gemeinderat wolle sich nicht mehr äussern und daher komme es jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung über den Hauptantrag der forum-Fraktion

Abs. 2 a) neu:

die für einen neuen Landschaftspark im Gebiet Schürmatt-West in Kombination mit einem neuen familienfreundlichen Wohnquartier gemäss den Prinzipien der 2000 Watt-Gesellschaft im Gebiet Schürmatt-Ost benötigt werden;

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird mit 6 Ja / 31 Nein / 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung über

- Eventualantrag der forum-Fraktion (Streichung von Abs. 2 a)

- Antrag Gemeinderat

Beschluss

- Eventualantrag forum 6
- Antrag Gemeinderat 30
- Enthaltungen 3

Die Vorsitzende hält fest, damit bleibe der Text des Gemeinderats in Abs. 2 a) des Gegenvorschlags enthalten.

Abstimmung über die endbereinigte Fassung des Gegenvorschlags

Beschluss

Dem Gegenvorschlag wird mit 25 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschluss

1. Der Initiative Einzonungsmoratorium "grünBLEIBTgrün" wird ein Gegenvorschlag mit folgendem Wortlaut gegenübergestellt:

Art. 76a Baureglement (Begrenzung des Siedlungswachstums)

1. Die bestehenden Landwirtschafts-, Bauernhof- und Grünzonen dürfen bis zum 15.9.2024 keiner anderen Zonennutzung zugeführt werden.
2. Ausgenommen von den Bestimmungen in Abs. 1 sind Gebiete in diesen Zonen,
 - a) die für einen neuen Landschaftspark im Gebiet Schürmatt-West in Kombination mit einem neuen familienfreundlichen Wohnquartier im Gebiet Schürmatt-Ost benötigt werden;
 - b) welche zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben sowie für Erweiterungen oder Standortverlagerungen ortsansässiger Gewerbebetriebe benötigt werden;
 - c) die innerhalb der Nationalstrassenbaulinien der Hauptachse der A6 und im angrenzenden Nahbereich (für maximal eine Gebäudereihe pro Strassenseite) liegen.
3. Vorbehalten bleiben Einzonungen gestützt auf Art. 21 Abs. 2 RPG und Art. 122 BauV.

2. Den Stimmberechtigten wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen die Ablehnung der Initiative empfohlen.
3. Den Stimmberechtigten wird mit 24 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Annahme des Gegenvorschlages empfohlen.

4 **Motion Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) führt aus, er möchte sich so kurz halten, wie die Antwort des Gemeinderats ausgefallen sei. Er möchte nochmals betonen, dass die Idee einer Konsultativabstimmung nicht auf seinem Mist gewachsen sei. Die Idee sei bei der Debatte um das Räumliche Leitbild vom forum ins Spiel gebracht worden und er habe zumindest den Eindruck gehabt, der Gemeindepräsident hätte es damals bedauert, dass es das Instrument einer Konsultativabstimmung noch nicht gebe. Somit müssten forum und FDP – auch wenn er sich bewusst sei, dass der Gemeindepräsident nicht repräsentativ für die ganze FDP sei – zumindest einer Prüfung der Einführung einer Konsultativabstimmung wohlgesinnt sein. Und bei der SVP appelliere er einfach wieder einmal an ihr "V" im Namen, dass ein Instrument (bzw. die Prüfung eines Instruments) zur Stärkung der Volksrechte keine schlechte Idee sein könne. Er sei deshalb mit dem Vorgehen des Gemeinderats und mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat einverstanden.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er finde dies einen guten Vorstoss, habe ihn auch unterschrieben und sei froh, dass er nun als Postulat überwiesen werde. Wir müssten uns in unserer Gemeindeverfassung die Option offen halten, dass wir die Möglichkeit hätten, eine Konsultativabstimmung durchzuführen, so wie dies viele andere Gemeinden ebenfalls in ihrer Gemeindeverfassung hätten. Ob man dann davon Gebrauch mache, sei eine andere Frage; wichtig sei aber, dass die Möglichkeit bestehe. Er hoffe, dass das Geschäft auf gutem Weg sei und bei der nächsten Revision tatsächlich ein solcher Passus in unsere Gemeindeordnung aufgenommen werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Das Postulat Racine (SP): Einführung der Konsultativabstimmung wird überwiesen.

[Bei der Abstimmung waren zwischenzeitlich nur 38 Ratsmitglieder im Saal anwesend.]

5 **Postulat Wegmüller (SP): Kosteneinsparungen durch Koordination und gemeinsame Beschaffung**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, bei der gemeinderätlichen Stellungnahme handle es sich um einen Statusbericht per heute und nicht per morgen. Man sei permanent daran, die Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Beschaffung zu koordinieren.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche Antwort, die vor allem darauf hinweise, wo heute schon eine Zusammenarbeit bestehe und alles bestens funktioniere. Ausnahmsweise sei er heute mit der Abschreibung dieses Postulats einverstanden. Es sei klar, dass eine gemeinsame Beschaffung immer mit einem gewissen Aufwand und einer Koordination verbunden sei. Es müsse aber Aufgabe der Gemeinde sein, die bestmögliche Lösung zu suchen. Aus der Botschaft des Gemeinderats interpretiere er, dass der Koordinationsaufwand etwas gescheut werde. Kritisch eingestellt sei er, wenn versucht werde, Beschaffungsvolumen möglichst klein zu halten, wie dies auf Seite 5 der Stellungnahme erwähnt werde, um möglichst schlanke Prozesse zu ermöglichen. Nicht ganz gleicher Meinung sei er bei den Fahrzeugbeschaffungen. Meistens sei bekannt, wann ein Fahrzeug ersetzt werden solle. Dies sei auch aus dem Investitionsplan ersichtlich. Auch wenn die Fahrzeugtypen nach ihrem Bedarf unterschiedlich seien, würde sich aus Kostengründen wenigstens eine Prüfung für eine gemeinsame Beschaffung wahrscheinlich lohnen, auch bei einem höheren Koordinationsaufwand. Wie erwähnt sei er mit der Abschreibung einverstanden. Er werde aber die Beschaffungen in der Kompetenz des GGR in Zukunft kritisch hinterfragen.

Renate Mäder (SVP) erklärt, die angegebenen Schwellenwerte würden nicht dem BöB des Bundes entsprechen. Sie würden z.B. für das Einladungsverfahren bei CHF 230'000.00 liegen, nicht bei CHF 250'000.00.

Thomas Hanke führt aus, unser Taktgeber sei der Kanton und unsere Schwellenwerte würden denjenigen des Kantons entsprechen. Vermutlich handle es sich um die Frage von "mit oder ohne Mehrwertsteuer".

Renate Mäder (SVP) verneint dies; die Grenze bei der Bundesverwaltung liege bei CHF 230'000.00, ohne Mehrwertsteuer.

Thomas Hanke erklärt, wir hätten die Schwellenwerte des Kantons übernommen und würden uns daran halten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (38 Ja / 1 Enthaltung)

Das Postulat Wegmüller (SP): Kosteneinsparungen durch Koordination und gemeinsame Beschaffung wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

6 Einfache Anfrage Schmitter (FDP) zur Bauparzelle Riedacher II im Mettlenquartier

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

7 Einfache Anfrage SVP-Fraktion: Spielstätte der Hornussergesellschaft Gümligen

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe eine Ergänzung zur schriftlichen Antwort anzubringen, da diese doch schon vor einiger Zeit verfasst worden sei. Die Hornussergesellschaft und Heinz Gurtner hätten – auch dank der Vermittlung durch die Gemeinde – eine neue Vereinbarung abgeschlossen. Darin sei der Spielbetrieb bis 31.12.2018 geregelt. Ab 2019 würden alle Involvierten die Zusammenarbeit in einem neuen Pachtvertrag aushandeln.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

8 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Desinvestition Liegenschaft Brüggliweg

Thomas Hanke erklärt, als das Parlament dieses Geschäft verabschiedet habe, sei bekannt gewesen, dass Baggerschlitze angebracht würden. Diese Baggerschlitze hätten schwierigste Verhältnisse im Boden zutage gefördert. Sowohl bei der Bodenbeschaffenheit als auch beim Grundwasser seien Überraschungen hervorgetreten. Dies habe dazu geführt, dass fundierte Abklärungen mit Geologen durchgeführt werden müssten. Ende März würden die Resultate vorliegen. Je nach Ergebnis würden seitens der Käuferschaft eine Bestätigung der Offerte oder allenfalls Anpassungen erfolgen. Selbst bei der Notwendigkeit von Anpassungen – teurere Baukosten usw. – müssten sich alle am Prozess Beteiligten wieder einbringen können. Je nach Ergebnis müsse der GGR involviert werden. Gemäss den rechtlichen Grundlagen liege eine Abweichung von 10 % in der Kompetenz des Gemeinderats, eine höhere in der Kompetenz des GGR. Wie erwähnt müssten nun die Resultate abgewartet werden.

Beschwerden gegen Nutzungsplanungsteilrevisionen

Thomas Hanke erklärt, das Stimmvolk habe im Frühling des letzten Jahres zu den Gefahrengeländen, der Gebäudetypologie, zu den ökologischen und archäologischen Schutzobjekten und zur Waldfeststellung überzeugend "ja" gesagt. Ein Stimmbürger habe eine Beschwerde erhoben gegen die Waldfeststellung bei seiner Parzelle. Seither sei das ganze Verfahren blockiert, nachdem das AGR alles genehmigt habe. Man kämpfe jetzt mit der Justizdirektion, dass für die Belange, welche nicht die Waldfeststellung betreffen würden, endlich eine Teil-Rechtskraftbescheinigung ausgestellt werde. Es habe nun sage und schreibe 4 1/2 Monate gedauert, bis erkannt worden sei, dass nur die Waldfeststellung beschwert worden sei und eine Teil-Rechtskraftbescheinigung ausgestellt werden könnte. Aber diese Verfügung könne nun noch einmal beschwert werden. Werde sie nicht beschwert, so wisse man ab dem 4. April 2016, dass alle anderen Punkte in Rechtskraft erwachsen seien. Enorm wichtig wäre die Gebäudetypologie, da diese sehr viele Verfahren bremse, u.a. auch das konkrete Baugesuch Riedacker II, welches dann unter den neuen Prämissen eingereicht werden könnte. Man hoffe nun, dass zumindest in diesem Punkt die Beschwerdefreudigkeit des einzelnen Stimmbürgers ein vernünftiges Ende finde.

Die Beschwerde gegen den Entscheid des AGR bezüglich Ballsporthalle sei immer noch pendent. Man rechne aber damit, dass innerhalb von 1-2 Monaten endlich ein Entscheid gefällt werde.

9 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion forum betr. Muri-Allee

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Vorschlag für die Neu-Bepflanzung einer Muri-Allee an der Thunstrasse zu erarbeiten (insbesondere auf dem Abschnitt Multengut), in Ergänzung zum geplanten Projekt Sanierung Thunstrasse.

Überlegungen:

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte... Der Eingang zum Zentrum Muri war bis 1963 geprägt von der Muri-Allee, dann mussten die Bäume der damaligen Strassenkorrektur weichen.

Mit der geplanten Sanierung der Thunstrasse bietet sich die Möglichkeit, die Muri-Allee wieder entstehen zu lassen. Als Standort für die Bäume kommt zwar nicht wie ehemals das Trottoir in Frage, jedoch könnten die Bäume im Einverständnis mit der Burgergemeinde auf der angrenzenden Grundfläche des Multenguts gepflanzt werden. Dabei wäre auch zu prüfen, inwiefern der Allee-Charakter an weiteren Abschnitten der Thunstrasse realisiert werden könnte (z.B. Parkplatz Villette; bessere Gestaltung der Gemeindegrenze). Da die Allee einen gestalterischen und keinen technischen Bezug zur Sanierung der Thunstrasse hat, wäre eine vorgezogene Realisierung 2017 zu prüfen. Für die Auswahl der Baumart kann auf den Richtplan Landschaft abgestützt werden.

Wie die Diskussion bei den OPR Werkstattgesprächen gezeigt hat, werden historische Raumbezüge und Grundflächen von der Bevölkerung wahrgenommen und geschätzt. Sie bieten Orientierung und Identität – Werte, die in einer schnelllebigen Zeit als Gegenpunkt für notwendige Veränderungen unentbehrlich sind. Mit der Sanierung der Thunstrasse bietet sich die Gelegenheit, ein Stück Muriger Geschichte mit relativ wenig Aufwand und viel Wirkung wieder entstehen zu lassen.

Naturgrün hat zudem eine positive Wirkung für unser Wohlbefinden. Dies bestätigt mittlerweile auch die Forschung: Städter, die in der Nähe von Grün und Parks wohnen, sind statistisch gesehen erheblich glücklicher als solche, die hauptsächlich von Stein und Asphalt umgeben sind. Auch unser Auge entspannt sich am besten beim Blick ins Grüne.

Das Vorhaben Muri-Allee entspricht den Vorgaben im Richtplan Landschaft (Massnahme 9: Einzelbäume / Alleien erhalten und anlegen; Massnahme 19: Strassenräume gestalten) sowie den Prioritäten im Leitbild der Gemeinde (21. Gemeinde mit hohem Grünanteil; 26. Erhalten von charakteristischen und qualitativ wertvollen Ortsteilen). Für die Finanzierung könnten auch innovativere Ansätze geprüft werden, beispielsweise Baumpatenschaften oder Crowd Funding.

29. März 2016

G. Siegenthaler Muinde, J. Stettler, P. Rösli, K. Jordi, S. Kempf, B. Marti, B. Wegmüller, R. Racine, Y. Brügger, R. Waber, B. Schneider, L. Müller Frei, B. Schmitter, M. Kästli, A. Bärtschi, M. Humm, M. Reimers (17)

Interpellation forum: Neue Webseite der Schule

Die Gemeinde-Webadresse heisst "muri-guemligen.ch", die neue Webadresse der Schule lautet „schule-muri.ch“. Welche Gründe haben zu diesem Vorgehen geführt? Wäre es sinnvoll, die Webadresse „schule-muri-guemligen.ch“ bzw. „muri-guemligen.ch/schule“ ebenfalls zu aktivieren und damit einen Schritt Richtung einheitlicher Kommunikation zu machen?

Begründung:

Eine Diskussion der exakten Webadresse mag auf den ersten Blick formal anmuten, dahinter versteckt sich aber die Frage der Identität der Gemeinde.

Politisch heisst die Gemeinde „Muri bei Bern“ und bestand ehemals aus den Teilen Muri, Kräyigen und Gümligen; später wurden weitere Siedlungsgebiete wie Halden oder Reutigen entwickelt. Gümligen (zeitenweise auch Gümlingen) kannte im 19. Jahrhundert eine gewisse Autonomie, die das Gebiet aber 1905 respektive 1921 wieder verlor. Zu dem Zeitpunkt hatte Gümligen infolge des Bahnanschlusses eine dynamische Entwicklung begonnen (Bevölkerung / Industrie / Gewerbe), welche sich im 20. Jahrhundert fortsetzte. Heute wohnt wohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Gümligen, die Arbeitsplätze sind mehrheitlich auf Gümliger Gebiet.

Die Frage der Bezeichnung der Gemeinde mit Muri und Gümligen als zwei gleichwertigen Ortsteilen stellt sich offensichtlich schon seit geraumer Zeit. Dabei führte der Trend hin zu einer grösseren Sichtbarkeit von Gümligen. Es entstand das Motto „Eine Gemeinde, zwei Dörfer“. Für die Webadresse der Gemeinde wurde www.muri-guemligen.ch reserviert. (Interessanterweise gehört www.muri-be.ch, welches der politischen Bezeichnung der Gemeinde am nächsten kommt, der gbm).

Im 1. Werkstattgespräch mit der Bevölkerung zur Ortsplanung wurde die Frage der Gemeinde-Identität prominent thematisiert. Die Teilnehmenden hielten fest, dass die Identität der Gemeinde besser geklärt werden könnte. Eine Mehrheit wünschte sich eine stärkere Visibilität von Gümligen – selbstverständlich ohne den Bezug zu Muri zu verlieren.

Wie gross dieses Bedürfnis ist und mit welchen Mitteln eine konsequentere und repräsentativere Kommunikation seitens Gemeinde umgesetzt werden kann, müsste der Gemeinderat näher untersuchen. Dabei ist der offizielle Gemeindegemeinde der in der Kommunikation verwendete Elemente und Bezeichnungen das andere.

In Bezug auf die neue Webseite der Schule „schule-muri.ch“ fällt Folgendes auf:

- www.schule-muri.ch enthält den Zusatz „bei Bern“ nicht, entspricht somit nicht dem offiziellen Namen der Gemeinde und leistet Verwechslungen mit Muri AG Vorschub
- die Webseite schlägt kommunikativ neue Wege ein und ist nicht kohärent mit dem bisherigen Webauftritt der Gemeinde (www.muri-guemligen.ch)
- Bei Suchmaschinen dürfte die Webseite, die „muri-guemligen“ enthält, potentiell bessere Resultate zeitigen
- Webseite der Schule und offizielle Webseite der Gemeinde erscheinen als separate Seiten; ist dieses Vorgehen sinnvoll oder könnten hier der Auftritt der Gemeinde gestärkt und auch Synergien genutzt werden?

- Für die Befindlichkeit in der Bevölkerung wäre es klug, Gümligen nicht nur mit-zu-meinen, sondern insbesondere im Zusammenhang mit der Schule auch zu nennen. Und: Die schulischen Schwerpunkte liegen hauptsächlich in Gümligen.

29. März 2016

J. Stettler, G. Siegenthaler Muinde, Ch. Spycher, F. Burkhard, K. Jordi, E. Mallepell, P. Rösli, S. Kempf, W. Thut, R. Lauper, B. Marti, Y. Brügger, R. Mäder, A. von Gunten, B. Fitze Wehrle, D. Arn (16)

Einfache Anfrage forum: Strategische Führung der Gemeinde

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen einzuleiten:

1. Ist die Liste der Richtpläne, Leitbilder, Konzepte in der Systematischen Rechtsammlung (gemäss Download-Center auf www.muri-guemligen.ch) vollständig bzw. welche zusätzlichen strategischen Dokumente erachtet der GR als relevant für seine Tätigkeit?
2. Mit welchen Instrumenten und Mechanismen setzt der GR die strategischen Vorgaben um? Wie kontrolliert der GR die erreichten Fortschritte und Resultate? Wie wird ein allfälliger strategischer Anpassungsbedarf festgestellt?

Überlegungen:

Gemäss Art. 34 Gemeindeordnung übt der GGR die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des GR aus und genehmigt gemäss Art. 38 lit. 1 den jährlichen Verwaltungsbericht des GR.

Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, ist es zentral, dass der GGR die Übersicht hat über alle aktuell gültigen strategischen Dokumente des GR, welche einen wichtigen Referenzrahmen für die Verwaltungstätigkeit darstellen. Ebenso sollte der GGR verstehen, in welcher Art und Weise die Umsetzung der strategischen Vorgaben überwacht wird.

Indem sich der GGR vermehrt an den strategischen Dokumenten des GR orientiert, wird die politische Diskussion verstärkt auf der Ebene von strategischen Zielen und Vorgaben stattfinden können. Dies verbessert indirekt auch die Aufgabentrennung zwischen GGR (Aufsicht, politische Vorgaben) und GR (Führung der Gemeinde, operative Tätigkeit).

Da der Verwaltungsbericht an der GGR-Sitzung im Mai traktandiert wird, wäre es wünschenswert, dass insbesondere die 1. Frage bis Mitte April beantwortet wäre. Dies würde uns erlauben, den Verwaltungsbericht in Kenntnis der relevanten strategischen Dokumente zu lesen und zu verstehen.

29. März 2016

(ohne Unterschrift)

Mitteilungen

Die Vorsitzende orientiert, das Büro GGR habe einen Antrag erhalten, die GGR-Sitzung vom 21. Juni 2016 auf den 28. Juni 2016 zu verschieben. Das Büro habe den Antrag positiv beantwortet. Der Grund für die Verschiebung sei, dass der Gemeindepräsident gemerkt habe, dass er am 21. Juni 2016 60 Jahre alt werde. Sie stelle die Frage, ob es im Rat grosse Opposition

gegen die Verschiebung gebe? Sie entnehme dem Stillschweigen der Ratsmitglieder ein Einverständnis. Damit werde die Juni-Sitzung auf den **28. Juni 2016 verschoben**.

Die Vorsitzende führt aus, sie komme nun zur Verabschiedung von Beat Marti (forum), der natürlich nicht nur aus der Regionalkommission, sondern auch aus dem GGR austrete. Beat Marti habe Jahrgang 1957, ein sehr guter Jahrgang. Er sei ab 2001 4 Jahre lang Mitglied der Sportkommission gewesen und habe diese anschliessend bis ins Jahr 2012 präsidiert. Seit 9 Jahren und 3 Monaten sei er Mitglied im Grossen Gemeinderat. Während einem Jahr sei er Stimmzähler, dann 2. Vizepräsident und anschliessend 1. Vizepräsident gewesen und im Jahr 2012 habe er das Parlament mit Bravour geleitet. Er sei seit 2013 Mitglied der Regionalkommission gewesen und sie könne bestätigen, dass er sich auch dort gut gemacht habe. 2014 sei er deren Vizepräsident und 2015 deren Präsident gewesen. Sie bedaure sehr, dass Beat Marti das Parlament verlasse und sie habe ihm etwas Kleines mitgebracht (sie möchte klarstellen, dass es von ihr persönlich und nicht vom GGR-Budget sei).

Jürg Stettler (forum) führt aus, heute sei ein trauriger Tag; nicht, weil der SCB am Verlieren sei, sondern weil man Beat Marti verabschieden müsse. Die Vorsitzende habe eigentlich all das, was er habe sagen wollen, schon gesagt. Im Namen des forums bedanke er sich bei Beat Marti ganz herzlich für sein langjähriges politisches Engagement in den verschiedenen Gremien. Er habe stets eine "forum-Brille" getragen und die Anliegen des forums weitergegeben. Das forum werde Beat Marti an der Hauptversammlung entsprechend würdigen und hoffe, dass er in der einen oder anderen Funktion dem forum erhalten bleibe.

Beat Marti (forum) bedankt sich herzlich. Es habe viel Spass gemacht, manchmal viel zum Lesen gegeben, er habe viele Erfahrungen gewinnen dürfen und die Zeit auf dem Podium habe ihn schon etwas gefordert und ihm manchmal Schweissausbrüche verursacht; aber man wachse auch da hinein. Er danke allen für die gute Zeit, die man miteinander verbracht habe. Er werde nicht aus der Gemeinde verschwinden, aber vermutlich in nächster Zeit seine Papiere nur noch als Wochenaufenthalter hier behalten. Dies sei der Grund, weshalb er einen Entscheid habe treffen müssen. Man könne hinterher sicher noch miteinander anstossen.

Die Vorsitzende erklärt, Beat Marti dürfe jederzeit wieder kommen, die Sitzungen seien ja öffentlich. Tinu Grütter habe Getränke organisiert und man könne einen kleinen Obolus hinlegen. Zum Essen hätten sie und Leute aus ihrer Fraktion etwas mitgebracht. Das nächste Mal werde sie eine andere Fraktion anfragen, ob sie etwas mitbringe; man könnte dies doch in einem gewissen Turnus handhaben.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Ruth Raaflaub

Anni Koch